



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

### Transparenz und Kontrolle sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hinsichtlich folgender Punkte dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege (oder einer ggf. demnächst zu errichtenden Corona-Kontroll-Kommission) zur Steigerung von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle regelmäßig durch die betroffenen Mitglieder der Staatsregierung Rede und Antwort insbesondere zu folgenden Themenschwerpunkten zu stehen:

- Prüfung der Verhältnismäßigkeit von getroffenen oder zu treffenden Maßnahmen in diesem Zusammenhang, inkl. der Bewertung von Ergebnissen nicht-bayerischer Gremien (z. B. Ministerpräsidentenkonferenz)
- Überprüfung von Beauftragungen Dritter durch die Staatsregierung im Zusammenhang mit dem pandemischen Geschehen, inklusive Abrechnungen und Verträgen
- Überprüfung von Abrechnungen etc. in diesem Zusammenhang mit Hilfsorganisationen, Krankenkassen und Kliniken, sofern staatliche Mittel verwendet werden oder wurden
- Überprüfung von Vorgängen der unteren und mittleren Verwaltung, vor allem im Bereich der Gesundheitsämter, im Zusammenhang mit dem pandemischen Geschehen aus legislativer Sicht

Hierbei soll gewährt werden:

- Einsichtnahme in alle Unterlagen, die die Staatsregierung zur Entscheidung von Maßnahmen heranzieht oder gezogen hat
- Einsichtnahme und Prüfung aller vertraglichen und abrechnungsrelevanten Unterlagen, sofern diese Verträge oder Vereinbarungen die Eindämmung des pandemischen Geschehens mittelbar oder unmittelbar betreffen oder betrafen
- direktes Hinweisrecht auf mangelnde Verhältnismäßigkeit gegenüber der Staatsregierung
- Recht in alle Unterlagen, Verträge etc. in unteren und mittleren Behörden Einsicht zu nehmen und Beamte und Mitarbeiter zu befragen, sofern es um Aufklärung von Handlungsweisen oder Sachverhalten auf diesen Ebenen geht

### Begründung:

Schon kurz nach Beginn des pandemischen Geschehens in Deutschland wurde die Beteiligung der Legislative moniert. Auch nach gut einem Jahr hat sich die Situation nur marginal verbessert. Regelmäßige Regierungserklärungen mit anschließenden Dringlichkeitsanträgen zementieren lediglich im öffentlichen Rahmen der Plenarsitzung die

zuvor getroffenen Vereinbarungen. Der Eindruck der „Hinterzimmerpolitik“ und der „Plenar-Pressekonferenzen“ des Ministerpräsidenten hat sich dadurch eher verhärtet als entspannt. Auch die regelmäßigen Regierungsbefragungen lassen keine effektive Kontrolle des Parlaments zu. Dazu kommt die lange Bearbeitungsdauer von schriftlichen Anfragen, die ein zeitnahes Agieren der Parlamentarier faktisch ausschließt.